

Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Mittwoch, 14.12.2016,
19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel.

Anwesend:

Ratsvorsitzende:	Hannelore Schneider
1. stellv. Ratsvorsitzende:	Dr. Susanne Engstler
2. stellv. Ratsvorsitzende:	Kristin Waegner
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
stellv. Bürgermeister:	Rudolf Böcker
	Peter Nieraad
	Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder:	Klaus Ahlers
	Joschi Bektas
	Sascha Biebricher
	Cordula Breitenfeldt
	Dirk Brumund
	Tina Nicole Brun
	Jürgen Bruns
	Sigrid Busch
	Hergen Eilers
	Karl-Heinz Funke
	Dominik Helms
	Carsten Kliegelhöfer
	Leo Klubescheidt
	Malte Kramer
	Lars Kühne
	Sabine Kundy
	Alfred Müller
	Axel Neugebauer
	Timo Onken
	Cornelia Papen (ab TOP 6)
	Dirk von Polenz
	Georg Ralle
	Bernd Redeker
	Jörg Weden
	Alexander Westerman
von der Verwaltung:	Wilfried Alberts
	Olaf Freitag
	Marion Groß
	Rolf Heeren
	Dirk Heise
	Jens Neumann
	Johann Taddigs

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**
- 2 **Feststellung der Tagesordnung**
- 3 **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 02.11.2016**
- 4 **Einwohnerfragestunde**
- 5 **Geschäftsordnung des Rates der Stadt Varel
Vorlage: 347/2016**
- 6 **Hinzugewählte Mitglieder (§ 71 Abs. 7 NKomVG)
Vorlage: 384/2016**
- 7 **Platzausschuss für die Sportanlage Windallee
Vorlage: 385/2016**
- 8 **Berichte und Anträge der Ausschüsse**
 - 8.1 **Verwaltungsausschuss vom 24.11.2016**
 - 8.1.1 **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 15.11.2016**
 - 8.1.1.1 Bebauungsplan Nr. 227 (Erweiterung Biogas Neuenwege) sowie 33. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel - Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 331/2016
 - 8.1.2 **Anträge an den Rat der Stadt Varel**
 - 8.1.2.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH
Vorlage: 349/2016
 - 8.2 **Verwaltungsausschuss vom 08.12.2016**
 - 8.2.1 **Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales vom 22.11.2016**
 - 8.2.1.1 Einrichtung einer Krippengruppe zum 01.03.2017 in dem Hause Zum Jadebusen 109 in Dangastermoor als Übergangslösung für die neu zu schaffende Kindertagesstätte in städtischer Trägerschaft
Vorlage: 346/2016
 - 8.2.2 **Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 29.11.2016**
 - 8.2.2.1 Bebauungsplan Nr. 61 B, 12. Änderung (Friesenhörn-Nordsee-Klinik) - Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 352/2016
 - 8.2.3 **Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk vom 30.11.2016**
 - 8.2.3.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für das Wirtschaftsjahr 2017 und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2016 - 2020
Vorlage: 363/2016

8.2.4 Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales vom 06.12.2016

- 8.2.4.1 Planung und Bau von Kindertagesstätten
Vorlage: 372/2016

8.2.5 Anträge an den Rat der Stadt Varel

- 8.2.5.1 Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand (§ 2b UStG) - Abgabe einer Optionserklärung zur Nutzung der Übergangsfrist
Vorlage: 379/2016
- 8.2.5.2 Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Auszahlung zur Sanierung von städtischen Wohnungen
Vorlage: 378/2016

9 Mitteilungen des Bürgermeisters**10 Anträge und Anfragen****Protokoll:****Öffentlicher Teil****1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**

Ratsvorsitzende Schneider eröffnet um 19:00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Sie begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Sie stellt fest, dass Ratsfrau Papen und Ratsherr Boyken entschuldigt fehlen.

2 Feststellung der Tagesordnung

Ratsvorsitzende Schneider stellt die Tagesordnung fest.

3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 02.11.2016

Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 02.11.2016 wird einstimmig genehmigt.

4 **Einwohnerfragestunde**

Eine Einwohnerin weist auf das wichtige Instrument der Einwohnerfragestunde hin und bittet, diese nicht weiter zu reglementieren, sondern sie in der Wichtigkeit aufzuwerten. Konkret fragt sie, ob es möglich ist, den Standort eines Kondomats direkt neben einem Flüchtlingshaus mit vielen Kindern in Dangast, Ecke Alter Deich/Husumer Str., zu verlegen.

Bürgermeister Wagner erläutert, dass die Einwohnerfragestunde mit der Änderung der Geschäftsordnung nicht eingeschränkt wird. Die Einwohnerfragestunde ist bereits durch Gesetz im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz stark reguliert. Er schlägt vor, eine andere Form der Bürgerbeteiligung außerhalb der Sitzungen anzubieten, z. B. in Form einer regelmäßigen Bürgerinformationsveranstaltung. Auf die Frage zum Kondomat, teilt Bürgermeister Wagner mit, dass ihm der Standort nicht bekannt ist, voraussichtlich handelt es sich um ein Privatgelände. Die Verwaltung wird die Angelegenheit prüfen.

5 **Geschäftsordnung des Rates der Stadt Varel** **Vorlage: 347/2016**

In der konstituierenden Sitzung des Rates der Stadt Varel am 02.11.2016 wurde die Geschäftsordnung als vorläufige Fassung beschlossen. Die Ratsmitglieder einigten sich dahingehend, dass bis zur nächsten Sitzung des Rates die Fraktionen und Gruppen über weitere Änderungen beraten.

Die Gruppe G6 und die Fraktion ZUKUNFT VAREL reichten Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung ein. Diese wurden im Verwaltungsausschuss am 24.11.2016 beraten.

Zum Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL den § 1 Abs. 4 der Geschäftsordnung dahingehend zu ändern, dass die Formulierung „Die örtliche Presse soll zu den öffentlichen Sitzungen eingeladen werden“ in „Die örtliche Presse ist zu den öffentlichen Sitzungen einzuladen“ geändert wird, konnte im Verwaltungsausschuss kein einheitliches Meinungsbild erzielt werden. Nach erneuter Beratung in den Fraktionen und Gruppen sieht Bürgermeister Wagener einen Konsens für die Änderung. In der Praxis führt dieses zu keiner Veränderung, da bislang schon immer die Presse zu allen öffentlichen Sitzungen eingeladen wurde.

Die Verwaltungsausschussmitglieder stimmten einvernehmlich dem Vorschlag der Gruppe G 6 zu, den letzten Satz in § 11 – Anhörung „Eine Diskussion mit Einwohnerinnen und Einwohnern findet nicht statt“, zu streichen.

Die Fraktion ZUKUNFT VAREL beantragt für den „Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr“ die Erweiterung um das Aufgabengebiet Denkmalpflege und die Aufnahme in die Bezeichnung. Die Verwaltungsausschussmitglieder sprachen sich mehrheitlich für diese Änderung aus. Nach nochmaliger Beratung in den Fraktionen und Gruppen spricht sich die SPD/CDU/FDP/BBV-Gruppe gegen eine Veränderung der Bezeichnung des Ausschusses für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr aus. Das wichtige Aufgabengebiet der Denkmalpflege wurde bislang im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz behandelt, dort sollte es auch weiterhin angesiedelt bleiben. Die Gruppe sieht keine Notwendigkeit den Begriff „Denkmalpflege“

ge“ zusätzlich in den Namen aufzunehmen, da sonst die Bezeichnung des Ausschusses zu lang wird.

Die Fraktion ZUKUNFT VAREL hätte zwar gerne die Bezeichnung aufgenommen. Eine Ablehnung ihres Vorschlages führt aber nicht dazu, dass sie die gesamte Geschäftsordnung ablehnen werden.

Ratsherr von Polenz weist nochmals auf den Antrag der Gruppe G6 hin, den § 19 der Geschäftsordnung redaktionell zu überarbeiten, da er ihn für missverständlich hält. Der Antrag bezieht sich vornehmlich auf Abs. 3, in dem es heißt „Die Gruppe nimmt anstelle der an ihr beteiligten Fraktionen oder Gruppen deren kommunalverfassungsrechtlichen Rechte wahr.“ Bezugnehmend auf die Absätze 1 und 2 kann eine Gruppe aber nicht Mitglied einer Gruppe werden.

Bürgermeister Wagner erläutert, dass die Abs. 1 und 2 der Geschäftsordnung dem NKomVG und die folgenden Absätze der Mustergeschäftsordnung des Nds. Städtetages entsprechen. Er stellt kurz dar, wie die Regelung gemeint ist. Mehrheitlich wird keine Veranlassung gesehen § 19 zu verändern.

Die Gruppe G 6 bat in ihrem Antrag, in § 17 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung – Einwohnerfragestunde - die zeitliche Begrenzung für das Einreichen von Fragen von 7 Tage auf 3 Tage zu verringern. Im Verwaltungsausschuss wurden hierzu unterschiedlich Meinungsbilder vertreten. Abschließend schlägt Bürgermeister Wagner vor, den Satz 2 des § 17 der Geschäftsordnung „Die Fragen, die spätestens 7 Tage vor der betreffenden Sitzung beim Bürgermeister eingehen, werden auf der dafür vorgesehenen Sitzung vom Bürgermeister beantwortet.“ komplett zu streichen. Darüber besteht Einvernehmen.

Über anliegendem Entwurf der Geschäftsordnung, in der die Änderungsvorschläge eingearbeitet sind, wird abgestimmt.

Beschluss:

Dem anliegenden Entwurf der Geschäftsordnung zugestimmt.

Einstimmiger Beschluss

6 Hinzugewählte Mitglieder (§ 71 Abs. 7 NKomVG) Vorlage: 384/2016

In der Sitzung des Rates am 02.11.2016 wurden die Ausschüsse des Rates der Stadt Varel gebildet (sh. TOP 11 des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 02.11.2016). Dabei wurde die Anzahl der sonstigen Personen im Sinne des § 71 Abs. 7 NKomVG, die als beratende Mitglieder an den Sitzungen der Ausschüsse teilnehmen (hinzugewählte Mitglieder), festgelegt. Die hinzugewählten Mitglieder sind durch den Rat neu zu bestimmen.

Es wird vorgeschlagen in Abstimmung mit den vorschlagsberechtigten Institutionen die im Beschlussvorschlag genannten Mitglieder in die Ausschüsse des Rates zu berufen.

Frau Dr. Engstler weist darauf hin, dass als Vertreter der Lehrerschaft die wahlberechtigten Schulpersonalvertretungen nicht nur sich selbst sondern auch andere Lehrkräfte (einschließlich Schulleiter), die an einer Grundschule in der Träger-

schaft der Stadt Varel steht, vorgeschlagen werden können. Ihr Vorschlag ist bindend. Sollte von den Personalvertretungen der Wunsch bestehen, eine Änderung vorzunehmen, kann die Angelegenheiten im Rat wieder aufgegriffen werden.

Beschluss:

Folgende hinzugewählte Mitglieder werden in die Ausschüsse des Rates der Stadt Varel berufen:

Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales

Vertreter der Sozialverbände	Bernd Piper
Vertreter der Träger der Jugendarbeit	Anja Willms
Vertreter der Träger von Einrichtungen der Kindertagesbetreuung	Jörg Peters

Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport

Vertreter der Lehrerschaft	Sandra Bredemeier-Bruns
1. Ersatzmitglied	Udo Blankenforth
2. Ersatzmitglied	Elisabeth Bruness-Thyrolf
Vertreter der Elternschaft	Kieran Morley
1. Ersatzmitglied	Michele Christ
Vertreter des Sports	Lüder Gutsche
Vertreter der kult. Vereine	Klaus Blum

Ausschuss für Feuerwehr-, Markt- und Ordnungsangelegenheiten

Stadtbrandmeister	Volker Sermond
stellv. Stadtbrandmeister	Thorsten Schonvogel
der jeweilige Vorsitzende des Schaustellervereins Varel-Friesland, Sitz Varel	N.N.
Vertreter der Werbegemeinschaft	Horst Düsberg

Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk der Stadt Varel

Vertreter der EWE Varel	Dipl.-Ing. Thorsten Wieting
-------------------------	-----------------------------

Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast

Die Wahl der Vertreter der Betschäftigten gem. § 110 NpersVG findet am 06.01.201 statt. Die dann gewählten Vertreter werden in den Betriebsausschuss berufen.

hinzugewähltes Mitglied	Ulrike Hoffmann
Vertreter	Thomas Breitenfeldt

Einstimmiger Beschluss

7 Platzausschuss für die Sportanlage Windallee Vorlage: 385/2016

Der Platzausschuss für die Sportanlage Windallee ist laut Vereinbarung mit dem TuS Varel zu bilden und vom Rat zu bestätigen. In der konstituierenden Sitzung des Rates am 02.11.2016 wurde er grundsätzlich gebildet, lediglich die Schulen hatten noch keinen Vertreter benannt.

Die Schulen schlagen nunmehr vor, Herrn Jens Pöhlandt, wohnhaft von-Thünen-Straße 16, 26131 Oldenburg als Vertreter der Schulen in den Platzausschuss zu berufen. Herr Pöhlandt ist Fachobmann Sport des Lothar-Meyer-Gymnasiums.

Beschluss:

Herr Jens Pöhlandt wird als Vertreter der Schulen in den Platzausschuss für die Sportanlage Windallee berufen.

Einstimmiger Beschluss

8 Berichte und Anträge der Ausschüsse

8.1 Verwaltungsausschuss vom 24.11.2016

8.1.1 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 15.11.2016

8.1.1.1 Bebauungsplan Nr. 227 (Erweiterung Biogas Neuenwege) sowie 33. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Varel - Abwägung und Satzungsbeschluss Vorlage: 331/2016

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 15.11.2016 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Bebauungsplan Nr. 227 nebst Begründung wird als Satzung beschlossen. Die 33. Änderung des Flächennutzungsplanes nebst Begründung wird festgestellt.

Einstimmiger Beschluss

8.1.2 Anträge an den Rat der Stadt Varel

**8.1.2.1 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH
Vorlage: 349/2016**

Beschluss:

Der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Wohnungsbau-Gesellschaft Friesland mbH in der dem Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 24.11.2016 anliegenden Fassung wird zugestimmt.

Einstimmiger Beschluss

8.2 Verwaltungsausschuss vom 08.12.2016

8.2.1 Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales vom 22.11.2016

**8.2.1.1 Einrichtung einer Krippengruppe zum 01.03.2017 in dem Hause Zum Jadebusen 109 in Dangastermoor als Übergangslösung für die neu zu schaffende Kindertagesstätte in städtischer Trägerschaft
Vorlage: 346/2016**

Beschluss:

Die Stadt Varel richtet zum 01.03.2017 eine Krippengruppe in dem Hause Zum Jadebusen 109 in Dangastermoor als Übergangslösung für die neu zu schaffende Kindertagesstätte in städtischer Trägerschaft ein.

Einstimmiger Beschluss

8.2.2 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 29.11.2016

**8.2.2.1 Bebauungsplan Nr. 61 B, 12. Änderung (Friesenhörn-Nordsee-Klinik) - Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 352/2016**

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 29.11.2016 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Die 12. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 B nebst

Begründung wird als Satzung beschlossen.

Einstimmiger Beschluss

Ja: 30 Enthaltungen: 2

8.2.3 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk vom 30.11.2016

8.2.3.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für das Wirtschaftsjahr 2017 und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2016 - 2020

Vorlage: 363/2016

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für das Wirtschaftsjahr 2017 wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Wasserwerk vom 30.11.2016 anliegenden Fassung beschlossen. Die Finanzplanung des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für den Planungszeitraum 2016 – 2020 wird in der dem Protokoll über die Sitzung des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Wasserwerk anliegenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Einstimmiger Beschluss

8.2.4 Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales vom 06.12.2016

8.2.4.1 Planung und Bau von Kindertagesstätten

Vorlage: 372/2016

Ratsherr Kliegelhöfer erklärt, dass die Gruppe G 6 nicht grundsätzlich gegen den Bau von Kindertagesstätten ist, aber eine hohe finanzielle Belastung für die Stadt sieht, die nur durch Steuererhöhungen ausgeglichen werden kann. Es ist beabsichtigt zwei neue Kindergärten zu bauen, mit der Begründung den Rechtsanspruch zu sichern. Der Rechtsanspruch kann aber auch durch die Einrichtung von Nachmittagsgruppen, die in den bestehenden Einrichtungen errichtet werden könnten, erfüllt werden. Die ganze Planung geht der Gruppe G 6 zu schnell, sie vermissen die Prüfung von Alternativvorschlägen sowie die Berücksichtigung der Nachfrage nach Ganztagsplätzen. Außerdem liegt dem Beschlussvorschlag keine aktuelle Erhebung der tatsächlichen Nachfrage zu Grunde.

Ratsherr Biebricher weist darauf hin, dass der größte Anteil der Kosten für die Kindertagesstätten bei den Personalkosten liegt. Dafür ist es unerheblich, ob die Gruppen vormittags oder nachmittags angeboten werden. Seiner Erfahrung nach werden aber vorwiegend Vormittagsplätze und zum Teil Ganztagsplätze nachgefragt. Die Nachfrage nach Nachmittagsplätzen ist gering. In Varel gibt es derzeit

viele unversorgte Eltern, die Stadt ist daher gezwungen aktuell zu handeln. Die Erarbeitung von Alternativkonzepten würde den Bedarf kurzfristig nicht decken können.

Ratsherr Onken kann die bevorzugte Nachfrage nach Vormittagsplätzen nachvollziehen. Er schlägt daher vor, zunächst eine Kindertagesstätte mit 5 Vormittagsgruppen anzubieten und den restlichen Bedarf von einer Gruppe mit einer Nachmittagsgruppe zu decken.

Ratsherr Bruns verweist auf den Beschluss, in Dangastermoor als Zwischenlösung eine Krippengruppe einzurichten. Mit dem Bau von zwei neuen Kindertagesstätten soll nicht nur der Rechtsanspruch erfüllt, sondern die berechtigten Bedürfnisse der Eltern befriedigt werden. Die Planungen gehen über den Rechtsanspruch hinaus. Der Ausbau der Plätze, der für die nächsten zwei Jahre geplant ist, soll die Ansprüche der Eltern in Zukunft erfüllen können. Die SPD/CDU/FDP/BBV-Gruppe hat ihre politische Priorität in diesen Bereich gesetzt und ist bestrebt, Varel für die Zukunft für Familien attraktiver zu machen. Sie werden daher dem Beschluss zustimmen.

Bürgermeister Wagner begrüßt die kritische Auseinandersetzung mit dem Thema und bestätigt, dass alternative Finanzierungsmöglichkeiten sowie die Nachfrage nach Ganztagsplätzen geprüft werden müssen. In den letzten 10 Jahren hat sich der Anspruch an Kindertagesstätten deutlich verändert. Es ist daher erforderlich, dass die Stadt in die Zukunft investiert. Eine Umfrage bei den heutigen Eltern würde nur eine Momentaufnahme sein, der Bedarf in 5 Jahren könnte damit nicht dargestellt werden. Er ist aber überzeugt, dass für die Zukunft der Bedarf nach zwei neuen Kindertagesstätten besteht. Um mit der Planung beginnen zu können, ist der heutige Beschluss notwendig. Dieser kann, wenn es erforderlich ist, immer noch nachjustiert werden.

Ratsherr Funke hätte gerne mehr Zeit gehabt, über die wichtigen Fragen, die Herr Kliegelhöfer aufgeworfen hat sowie über die Grundstücksangelegenheit ausführlicher zu beraten. Er weist darauf hin, dass sich die Stadt Varel mit dem Bau der beiden Kindertagesstätten über den Rechtsanspruch hinaus bewegt. Der im Fachausschuss vorgeschlagene Appell an Bund und Land auf Unterstützung bei der Finanzierung, wird aber nur im Rahmen des Rechtsanspruchs möglich sein. Insgesamt sieht Ratsherr Funke einen Trend auf mehr Nachfrage nach Plätzen in Kindertagesstätten, da immer mehr Eltern unabhängig, ob sie sich eine Betreuung zu Hause leisten können, ihre Kinder in die Kindertagesstätte geben. Heute wollen die Frauen wieder frühzeitig in ihren Beruf einsteigen, das führt dazu, dass der Bedarf zunimmt. Daher hält Ratsherr Funke die Beschlusslage grundsätzlich für richtig und vertretbar. Auch wenn er Herrn Kliegelhöfer Recht gibt, dass die ganze Angelegenheit inklusiv der Grundstücksfrage insgesamt zu schnell ging, führt es nicht dazu, dass die Fraktion ZUKUNFT VAREL den Beschlussvorschlag ablehnen wird.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag zu. Viele Familien sind auf eine ausreichende Kinderbetreuung angewiesen. Der gesellschaftliche Wandel hat dazu geführt, dass der Bedarf deutlich gestiegen ist. Es muss der Stadt aus Sicht des Ratsherrn Eilers etwas Wert sein, dieses Bedürfnis zu decken, auch wenn die Finanzierung für die Kommunen schwierig ist. Insgesamt wird mit dem Bau von zwei zusätzlichen Kindertagesstätten etwas Gutes geschaffen, insbesondere die Standorte im ehemaligen Kasernengelände und in Büppel werden begrüßt. Dabei ist ein kritischer Blick auf die Finanzierung immer wichtig. Es wurde eine klare Kostenübersicht über jede Kindertagesstätte eingefordert. Darüber

hinaus ist es wichtig, die Problematik der Ganztagsplätze mit einzubeziehen.

Ratsfrau Dr. Engstler begrüßt, dass mit diesem Beschluss die Bürgerfreundlichkeit über den Rechtsanspruch gesetzt wird. Thema der Zukunft muss es sein, ausreichend Ganztagsangebote anzubieten

Ratsfrau Breitenfeldt erläutert, dass sich die Kritik der Gruppe G6 darauf bezieht, dass mehrere Millionen für den Bau von neuen Kindertagesstätten ausgegeben werden, ohne vorher Alternativen ausreichend zu prüfen. Zum Beispiel fand keine Prüfung statt, ob Gebäude auch vorübergehend angemietet werden können. Der demografische Wandel lässt vermuten, dass die Nachfrage wieder sinken wird. Als Alternative kommt aus ihrer Sicht die Großtagespflege oder die Errichtung von Betriebskindergärten unter Beteiligung der Arbeitgeber in Frage.

Ratsherr von Polenz betont nochmals, dass die Gruppe G6 nicht grundsätzlich gegen die Schaffung von Kindertagesstätten ist. Vor Beschlussfassung sind allerdings folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Der Rechtsanspruch könnte auch durch Nachmittagsplätze erfüllt werden können.
2. Der Wunsch der Eltern wurde nicht ausreichend nachgefragt. Es gibt keine Erhebung über die Nachfrage nach Nachmittagsplätzen.
3. Der zusätzliche Bedarf liegt bei 6 Gruppen. 5 Gruppen könnten in einem Gebäude verwirklicht werden. Es sollte geprüft werden, ob nicht auf das zweite Gebäude verzichtet werden kann.

Ratsherr Ahlers weist darauf hin, dass in den meisten Fällen der Arbeitgeber die Arbeitszeit vorschreibt und sich daher danach der Bedarf der Eltern richtet.

Beschluss:

Die Stadt Varel errichtet 2 Kindertagesstätten zum nächst möglichen Zeitpunkt. Standorte dieser Kindertagesstätten sind das ehemalige Kasernengelände und der Ortsteil Büppel.

Die Verwaltung wird beauftragt, für den Standort Büppel Verhandlungen zum Erwerb eines geeigneten Grundstücks aufzunehmen und für beide Standorte die bau- und planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 26 Nein: 6

8.2.5 Anträge an den Rat der Stadt Varel

**8.2.5.1 Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand (§ 2b UStG) - Abgabe einer Optionserklärung zur Nutzung der Übergangsfrist
Vorlage: 379/2016**

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, gegenüber dem Finanzamt Wilhelmshaven gemäß § 27 Abs. 22 UStG die weitere Anwendung des § 2 Absatz 3 UStG in der

am 31. Dezember 2015 geltenden Fassung für sämtliche nach dem 31. Dezember 2016 und vor dem 1. Januar 2021 ausgeführten Leistungen zu erklären.

Einstimmiger Beschluss

8.2.5.2 Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Auszahlung zur Sanierung von städtischen Wohnungen Vorlage: 378/2016

Beschluss:

Der überplanmäßigen Auszahlung zur Sanierung von städtischen Wohnungen in Höhe von ca. 150.000 € im Haushaltsjahr 2016 wird zugestimmt.

Einstimmiger Beschluss

9 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass die Hauptverwaltungsbeamten des Landkreises Friesland kurzfristig über die zukünftige Verfahrensweise der Festlegung der Kreisumlage beraten werden. In den letzten Jahren wurde die Höhe der Kreisumlage relativ einseitig durch den Landkreis festgesetzt, eine Beteiligung der kreisangehörigen Kommunen fand nur im Rahmen einer Anhörung der Hauptverwaltungsbeamten statt. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die finanzielle Lage des Landkreises sich in den letzten Jahren deutlich verbessert hat, sieht Bürgermeister Wagner die Notwendigkeit über das Verfahren zur Festlegung der Kreisumlage zu sprechen. Bei den Kommunen besteht dagegen kaum ein finanzieller Spielraum. Da der Haushalt des Landkreises zum Teil von der Stadt Varel durch die Kreisumlage mitfinanziert wird, regt Bürgermeister Wagner an, den Landrat einzuladen, damit er im Rat den Haushalt des Landkreises vorstellt.

Ratsherr Funke begrüßt die Diskussion über die Kreisumlage und hofft, dass der Bürgermeister eine Änderung erzielen kann. Er selber hat dieses Ziel schon immer vertreten. Allerdings wird es schwierig sein, eine gemeinsame Linie zwischen den Kommunen zu finden, da Varel schon immer andere Interessen als die übrigen Kommunen vertreten hat. Insbesondere die Stichtagsregelung benachteiligt Kommunen, die einen hohen Anteil ihrer Einnahmen aus den Gewerbesteuern erzielen. Insgesamt hält Ratsherr Funke das Verfahren für sehr überholungsbedürftig. Er plädiert für eine Senkung Kreisumlage. Die finanzielle Gesundung des Landkreises kann nicht zu Lasten der Städte und Gemeinden erfolgen.

Ratsherr Kühne weist darauf hin, dass er als Kreistagsabgeordneter im Kreistag dafür plädiert hat, die Jahresabschlüsse zeitnaher durchzuführen. Grundsätzlich begrüßt er, wenn der Landkreis einen positiven Abschluss vorweisen kann. Dieses sollte aber nicht zu Lasten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden gehen. Insgesamt befürwortet Ratsherr Kühne die Aufnahme von Gesprächen zur Kreisumlage, wichtig ist dabei ein Konsens zwischen den Bürgermeistern der Städte und Gemeinden.

Ratsherr Bruns spricht sich dafür aus, dass der Landrat den Kreishaushalt im Rat der Stadt Varel vorstellt. Für die Kreisumlage muss eine gerechte Lösung für die Städte und Gemeinden sowie dem Landkreis gefunden werden. Sie werden den Bürgermeister bei dem Weg dorthin unterstützen.

Bürgermeister Wagner gibt einen Rückblick auf das Jahr 2016. Er bedankt sich bei der Verwaltung für ihre tatkräftige Unterstützung. Er wünscht allen eine besinnliche Vorweihnachtszeit, frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

10 Anträge und Anfragen

Keine Anfragen und Anregungen.

Um 20:30 Uhr schließt Ratsvorsitzende Schneider die öffentliche Sitzung und wünscht allen eine schöne Weihnachtszeit sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Zur Beglaubigung:

gez. Hannelore Schneider
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß
(Protokollführer/in)